

8

Abt. 7 - Bellevue**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin! Gemeinsam gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.**

1 **Für den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin! Gemeinsam gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.**
 2
 3
 4

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, kurz- und langfristige Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von Jüd:innen und Israelis überall in Berlin zu gewährleisten. Unsere Antwort auf Gewalt und Hetze gegen jüdisches Leben in Berlin sind eine konsequente Strafverfolgung und ein bestmöglicher Schutz. Daneben müssen Maßnahmen ergriffen werden, die ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig stärken.

17 Hierzu können gehören:

- 18 1. Die Stadt soll sichere Rahmenbedingungen für einen wiederkehrenden Dialog zwischen interessierten Personen und Vertreter:innen aus den jüdischen, israelischen und palästinensischen Communities in Berlin bereitstellen. Ziel ist die Schaffung sicherer Dialog-Räume für die Betroffenen, so dass gemeinsame Perspektiven für ein friedliches Miteinander und Nebeneinander entstehen können. Dafür erarbeitet der Senat im Rahmen eines Stakeholder-Dialogs ein Konzept und stellt auskömmlich Mittel bereit, um in diesen Communities für eine Teilnahme an diesem auf Dauer angelegte Dialogformats zu werben.
- 35 2. Förderung und Sichtbarmachung von bereits bestehenden jüdisch-muslimischen und israelisch-palästinensischen Friedens- und Begegnungsprojekten. Vermittlung,

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

Für den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin! Gemeinsam gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, kurz- und langfristige Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von Jüd:innen und Israelis überall in Berlin zu gewährleisten. Unsere Antwort auf Gewalt und Hetze gegen jüdisches Leben in Berlin sind eine konsequente Strafverfolgung und ein bestmöglicher Schutz. Daneben müssen Maßnahmen ergriffen werden, die ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig stärken.

Hierzu können gehören:

1. Die Stadt soll sichere Rahmenbedingungen für einen wiederkehrenden Dialog mit Vertreter:innen aus den jüdischen, israelischen und palästinensischen Communities in Berlin bereitstellen. Ziel ist die Schaffung sicherer Dialog-Räume für die Betroffenen, so dass gemeinsame Perspektiven für ein friedliches Miteinander und Nebeneinander entstehen können. Dafür erarbeitet der Senat im Rahmen eines Stakeholder-Dialogs ein Konzept und stellt auskömmlich Mittel bereit, um in diesen Communities für eine Teilnahme an diesem auf Dauer angelegte Dialogformats zu werben.
2. Förderung und Sichtbarmachung von bereits bestehenden jüdisch-muslimischen und israelisch-palästinensischen Friedens- und Begegnungsprojekten. Vermittlung, wie in der Demokratie Aushandlungs-

40 wie in der Demokratie Aushandlungs-
 41 prozesse organisiert werden und
 42 wie mit Meinungsverschiedenheiten
 43 umgegangen wird. Verstärkte Präven-
 44 tionsmaßnahmen gegen islamistische
 45 und rechtsextreme Akteur*innen und
 46 Agitationen, die mit Fake News und
 47 Verschwörungsmythen zur aktuellen
 48 Situation unsere Gesellschaft spalten
 49 und unsere Demokratie aushöhlen
 50 wollen.

51 3. Ausbau und Weiterentwicklung von
 52 Bildungs- und Begegnungsprojekten
 53 zum Nahostkonflikt, Antisemitismus
 54 und antimuslimischen Rassismus für
 55 Jugendliche und Erwachsene, insbe-
 56 sondere im Bereich Justiz und Bildung.
 57 Dabei sollen im Rahmenlehrplan und
 58 der Lehrer:innenausbildung neben
 59 theoretischem und historischem
 60 Wissen auch für den Umgang mit
 61 Emotionen und Traumata verankert
 62 werden. Israelische und palästinensi-
 63 sche Perspektiven sollen berücksichtigt
 64 werden.

65 4. Klar anzuerkennen, dass Antisemitis-
 66 mus kein „importiertes Problem“, son-
 67 dern unser gesamtdeutsches Problem
 68 ist und sich klar gegen Versuche zu stel-
 69 len, migrantischen Communities oder
 70 Muslim:innen pauschal unter General-
 71 verdacht zu stellen und ihre Grundrech-
 72 te einzuschränken.

73 5. Keine pauschalen Demonstrationsver-
 74 bote und eine klarere Kommunikati-
 75 on der Regeln gegenüber den Veran-
 76 stalter*innen bei gleichzeitigem conse-
 77 quentem Einschreiten und Verfolgung
 78 antisemitischer Straftaten.

79 6. Ergänzung der Verfassung von Berlin
 80 um das Staatsziel der Antisemitismus-
 81 bekämpfung und Stärkung der Antise-
 82 mitismusprävention.

83

84 **Begründung**

85 Wir können in Berlin nicht den Nahost-

prozesse organisiert werden und
 wie mit Meinungsverschiedenheiten
 umgegangen wird. Verstärkte Präven-
 tionsmaßnahmen gegen islamistische
 und rechtsextreme Akteur*innen und
 Agitationen, die mit Fake News und
 Verschwörungsmythen zur aktuellen
 Situation unsere Gesellschaft spalten
 und unsere Demokratie aushöhlen
 wollen.

3. Ausbau und Weiterentwicklung von
 Bildungs- und Begegnungsprojekten
 zum Nahostkonflikt, Antisemitismus
 und antimuslimischen Rassismus für
 Jugendliche und Erwachsene, insbe-
 sondere im Bereich Justiz und Bildung.
 Dabei sollen im Rahmenlehrplan und
 der Lehrer:innenausbildung neben
 theoretischem und historischem
 Wissen auch für den Umgang mit
 Emotionen und Traumata verankert
 werden. Israelische und palästinensi-
 sche Perspektiven sollen berücksichtigt
 werden.

4. Klar anzuerkennen, dass Antisemitis-
 mus ein gesamtdeutsches Problem ist
 und sich klar gegen Versuche zu stel-
 len, migrantischen Communities oder
 Muslim:innen pauschal unter General-
 verdacht zu stellen und ihre Grundrech-
 te einzuschränken.

5. Keine pauschalen Demonstrationsver-
 bote und eine klarere Kommunikati-
 on der Regeln gegenüber den Veran-
 stalter*innen bei gleichzeitigem conse-
 quentem Einschreiten und Verfolgung
 antisemitischer Straftaten.

6. Ergänzung der Verfassung von Berlin
 um das Staatsziel der Antisemitismus-
 bekämpfung und Stärkung der Antise-
 mitismusprävention.

86 Konflikt lösen. Wir wollen und müssen aber in
87 der aktuellen Situation den sozialen Frieden
88 stärken und dafür ein Zeichen der Verständigung
89 setzen.

90 Am 7. Oktober 2023 beging die Terrororga-
91 nisation Hamas das schlimmste Massaker
92 an jüdischen Menschen seit dem Holocaust,
93 dem deutschen Völkermord an den euro-
94 päischen Jüdinnen und Juden. Umso bedrü-
95 ckender ist, dass sich jüdischen und israeli-
96 sche Menschen angesichts des aufflammenden
97 Antisemitismus sich in Berlin unsicher
98 fühlen. Das ist inakzeptabel und darf genau
99 wie jedwede Unterstützung für die Hamas
100 keinen Platz in unserer Stadt haben. Der Staat
101 und die Gesellschaft müssen handeln.

102 Auch in Berlin haben viele Menschen Angehö-
103 rige oder Freund:innen im Gaza-Streifen. Vie-
104 le Betroffenen werden unter Generalverdacht
105 gestellt und ungerechtfertigt in ihren Grund-
106 rechten eingeschränkt, und zwar auch den-
107 jenigen, die die Hamas ablehnen und Israels
108 Existenzrecht anerkennen. Sie haben im öf-
109 fentlichen Raum kaum eine Stimme, was zu
110 einem Vertrauensverlust in die deutsche De-
111 mokratie führen kann. Friedliche Demonstra-
112 tionen, bei denen auf das Leid der palästin-
113 ensischen Zivilbevölkerung hingewiesen wird,
114 dürfen nicht pauschal als Störung der öffent-
115 lichen Ordnung betrachtet werden. Zudem
116 führt auch Rassismus, der sich gegen Men-
117 schen mit einer palästinensischen Migrati-
118 onsgeschichte oder Muslime richtet zur Ver-
119 schärfung des politischen Klimas bei. Auch
120 hier müssen Staat und Gesellschaft handeln.
121 Unsere Antwort als Demokrat:innen darf je-
122 doch nicht „weniger Demokratie“ lauten, son-
123 dern mehr Demokratie! Das bedeutet auch ei-
124 nen sicheren Raum für Dialog bereitzustellen,
125 indem zwischen den Betroffenen Perspekti-
126 ven für ein friedliches Nebeneinander und
127 Miteinander entstehen können.